

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 274/08 vom 18. Juli 2008

Sylvia Eisenberg zu TOP 20 : Der Antrag der Grünen ist ein starkes Stück

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Bündnis 90 / Die Grünen fordern in ihrem Antrag die Abschaffung der Regionalschulen. Ich muss schon sagen, meine Damen und Herren, ich finde das ist ein starkes Stück!

Ihr Antrag, Frau Birk, ist ein Schlag ins Gesicht für alle 35 Regionalschulen mit 2210 Schülerinnen und Schülern, für Lehrer, Eltern und Schulträger, die sich für diese Schulart zum erstmöglichen Startbeginn im Jahre 2008 entschieden haben – Schulen, die schlüssige pädagogische Konzepte erarbeitet haben, die von ihren Ideen überzeugt sind und die diese jetzt umsetzen möchten – und ich frage Sie, Frau Birk: Warum billigen Sie diesen Schulen nicht das Recht und die Möglichkeit zu, ihre pädagogischen Konzepte mit Leben zu füllen, genau wie wir es bei den Gemeinschaftsschulen auch tun?

Geben Sie den neuen Regionalschulen Raum und Zeit, ihre Schulen umzustrukturieren!

Unterlassen Sie Ihre Anfeindungen, die besonders unfair sind, da sie erfolgen, bevor die Regionalschulen überhaupt ihre Arbeit aufgenommen haben. Hier wird eine Schulart systematisch von Ihnen demontiert! Sie reden die Regionalschule bewusst schlecht, weil sie nicht in Ihr begrenztes

ideologisches Bildungsfenster passt.

Es überrascht mich, Frau Birk, dass Sie in Ihrem für mich sehr schwer ernst zu nehmenden Antrag nicht auch gleich die Abschaffung des Gymnasiums fordern.

Dann hätten Sie doch das eigentliche Ziel Ihrer ideologischen Vorstellungen, was unser Schulsystem angeht, erreicht.

Ich weiß sehr wohl, dass Sie mit der geforderten Egalisierung von Gemeinschaftsschule und Gymnasium auf allen Ebenen genau diesen Weg beschreiten wollen- es wäre jedoch ehrlicher gewesen, wenn Sie hier gleich mit offenem Visier gekämpft hätten. Und ich sage Ihnen auch warum Sie sich nicht trauen, dass was Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung rigoros durchgezogen hätten, auch heute konsequent zu fordern – die Abschaffung der Gymnasien!

Das Gymnasium ist nämlich die Schulart, der die Eltern in unserem Lande die höchste Akzeptanz entgegen bringen (fast 11.000 Schülerinnen und Schüler) und hier hätten Sie den Elternwillen mit Füßen treten müssen.

Auch wenn die Kollegen von Bündnis 90 / Die Grünen es nicht wahr haben wollen, das Modell der Regionalschule ist bereits in 9 Bundesländern beheimatet und wird seit Jahren mit Erfolg praktiziert. Unter den Parteien vor Ort in den anderen Bundesländern ist das Regionalschulmodell unstrittig, weil es gut funktioniert. In Schleswig-Holstein darf dies offensichtlich nicht der Fall sein, weil eine Lübecker Abgeordnete, die auch noch von der lokalen Presse dabei unterstützt wird, festlegt, dass die bewährten Strukturen der Regionalschule in unserem Lande scheitern werden. Wie Sie zu dieser Einschätzung gelangen, Frau Kollegin, ist mir schleierhaft.

Die Regionalschule startet mit 35 Schulen in 10 von 14 kreisfreien Städten und Kreisen. Das kann man belächeln und klein reden, man kann aber auch positiv bewerten, dass es auf Anhieb 35 Schulen sind. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Regionalschulen, ab dem Schuljahr 2010/2011 flächendeckend als Regelschulen entstehen werden. Warum sollten sich also Schulen schon jetzt mit pädagogischen Konzepten, Anträgen und dergleichen rumplagen? Ich sage Ihnen warum: weil sie von der Zukunft dieser Schulform überzeugt sind. Und dafür haben sie unser aller Unterstützung verdient!

Insgesamt werden im nächsten 5. Jahrgang 2210 Schülerinnen und Schüler die neuen Regionalschulen besuchen. Das sind etwa so viele Kinder wie die, die ihre Schulkarriere an der Gesamtschule fortsetzen werden. Und diese blickt immerhin auf eine jahrzehntelange Tradition in Schleswig-Holstein zurück. Hier hat es von den Bündnis 90 / Die Grünen seltsamerweise nie einen derart diskriminierenden Antrag auf Abschaffung gegeben.

Natürlich gibt es bei den anstehenden geballten Reformen im Schulbereich eine große Verunsicherung auf Elternseite, von Lehrern und Kommunen- aber das betrifft alle anstehenden bzw. bereits angelaufenen Neuerungen. Auch bei der Etablierung der Gemeinschaftsschule ist noch reichlich Sand im Getriebe. So konnte die Gemeinschaftsschule Ihrem Anspruch „Eine Schule für alle“ sein zu wollen bisher nicht gerecht werden. Es ist ihr, nunmehr im 2. Jahr des Bestehens, erneut nicht gelungen, ausreichend gymnasial empfohlene Kinder zu gewinnen. Der Prozentsatz von 3,9 gymnasial empfohlener Kinder an 48 neuen Schulen, das zwangsfusionierte Fehmarn Gymnasium eingeschlossen, macht deutlich, dass dieser integrierende Ansatz aller Schularten klar verfehlt wurde. Es wird zukünftig keine gymnasiale Bildung, geschweige denn eine gymnasiale Oberstufe, an den neuen Gemeinschaftsschulen aufgebaut werden können. Diese Entwicklung ist sorgsam zu beobachten.

Was die Oberstufe betrifft, möchte ich noch einmal deutlich hervorheben, dass Schülerinnen und Schüler auch mit dem Besuch der Regionalschule das Abitur nach 9 Jahren ablegen können. Und zwar entweder an einem allgemein bildenden Gymnasium nach Wahl oder an den bewährten beruflichen Gymnasien.

Meine Damen und Herren, diese werden übrigens von Bündnis 90 / Die Grünen auch um ihre Zukunft gebracht, wenn das Abitur – wie von Ihnen angedacht – an den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen absolviert werden soll. Da bleibt für die Berufsgymnasien, die heute von über 35 % aller Schüler nach der Realschule besucht werden, nicht mehr viel übrig.

Auf den von Bündnis 90 / Die Grünen erneut angepriesenen „Sekundarstufenlehrer“ möchte ich nicht schon wieder reflektieren müssen. Vielleicht nur als Denkanstoß an Sie, Frau Birk. Wir leben in Schleswig-Holstein nicht auf einer Insel!

Bundesweit bemüht man sich zurzeit um einheitliche Ausbildungsstrukturen bei der Lehrerbildung. Im Rahmen des Bologna Prozesses erfolgt die Umstellung auf Bachelor/Master-Studiengänge. In den einzelnen Bundesländern sind diese unterschiedlich weit voran geschritten. Allen gemein ist jedoch die Ausbildung, ausgerichtet an den bestehenden Schularten.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist gerade auf einem guten Weg, sein bildungspolitisches Inseldasein abzuschütteln. Arbeiten wir als politisch Verantwortliche, also gemeinsam für die neuen Rahmenbedingungen, die wir mit unserem Schulgesetz geschaffen haben.

Für die CDU-Fraktion bitte ich um Ablehnung des Antrages.